

Waffenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Waffenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Preis: 10 Pfennig; für den Postbezugsgebiet: 12 Pfennig. Redaktion: Postfach 11, Halle, Provinzialstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Verlagspreis: 9 Geldfennig 1/2. Millimeter Größe u. Größe; 35 Goldfennig 1/2. Millimeter Größe im Text. Manuskripte zu richten nach Halle, Provinzialstraße 14. Tel. 1046, 1047, 2251. Telegramm-Adress: „Klassenkampf“. Bankkonten: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postkonten: Leipzig 1065/48 Frau Kraw. 501.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Sonnabend, den 18. Oktober 1924

4. Jahrgang * Nr. 124

Der Kampf der Eisenbahner gegen die Morgan-Gesellschaft!

Zur Kündigung des Lohnabkommens

Halle, 18. Oktober.
Wir meldeten bereits gestern aus Berlin, daß die Eisenbahner-Gewerkschaften beschlossen haben, das Lohnabkommen mit der Reichsbahngesellschaft zu kündigen. Damit ist der Kampf um Verbesserung der Löhne und Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit bei der Reichsbahn in ein akutes Stadium getreten. Wir haben in den letzten Tagen zahlreiche Meldungen veröffentlicht über Eisenbahnerbetriebsstörungen, die in fast allen größeren Orten Deutschlands stattgefunden und in denen zur Entlohnung und zur Arbeitszeit Stellung genommen wurde. Überall beteiligten die Eisenbahner erhebliche Aufbesserung ihrer Bezüge. Der freie Eisenbahnerverband Berlin formulierte folgende Forderung und stellte sie der Hauptverwaltung zu:

1. Reorganisation der Lohngruppen von bisher 8 auf 5, dem entsprechend Eingruppierung der bisherigen Lohngruppen:
1 in die bisherige Lohngruppe 1
2 und 3 in die bisherige Lohngruppe 2
4 und 5 in die bisherige Lohngruppe 3
6 und 7 in die bisherige Lohngruppe 4
8 (Frauen) in die bisherige Lohngruppe 5
2. Auf die Löhne der oben bestimmten 5 Lohngruppen wird ein für alle Lohngruppen gleichmäßiger Zuschlag von durchschnittlich 30 Prozent gesetzt, so daß eine Erhöhung des Stundenlohnes im
Wirtschaftsgebiet I um 14 Pfennige,
Wirtschaftsgebiet II um 15 Pfennige,
Wirtschaftsgebiet III um 16 Pfennige
für alle Arbeiter über 24 Jahre eintritt.

Für die Arbeiter unter 24 Jahre sowie Lehrlinge ist gleichfalls eine Erhöhung ihrer Bezüge um durchschnittlich 30 Prozent vorzunehmen.
3. Zur Deckung der bisher gemachten Schulden ist allen Bediensteten eine Entschuldigungssumme von 50 Mark zu zahlen.
4. Die Lohnzahlungen sind wieder wie vor dem 1. September wöchentlich vorzunehmen.
5. Die Reichsbahn-Arbeitsgemeinschaft stellt den Sozialrentnern zu ihren aus der Sozialversicherung zulehrenden Beträgen einen Zuschlag in der Höhe, daß gleiche Bezüge und Zuschläge zusammen 75 Prozent des Lohnes eines Arbeiters der Lohngruppe 4 ausmachen.
6. Wiedereinführung des achtstündigen Arbeitstages.
Im Rahmen dieser Forderungen bewegten sich auch meist die Beschlüsse der Mitgliederversammlungen des DGB, im ganzen

Reich. Der Verbandsrat des DGB, der am 11. Oktober tagte, sah sich durch den Druck der Massen gezwungen, dem Vorstand den Auftrag zu erteilen, die entsprechenden Paragraphen des Tarifvertrages zu kündigen. Wie eine weiter untenstehende Meldung besagt, handelt es sich dabei nur um eine Kündigung der Lohnparagrafen. Die Frage der Arbeitszeit wird nicht angeschnitten. Damit ist der Sinn des Vorgehens der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie klar: Sie wollen den Massen ein wenig entgegenkommen, um die große Kampfbewegung abzuwürgen. Alle Bewegungen der Vergangenheit haben bisher gezeigt, daß es mit diesem Mittel den Reformisten bisher gelungen ist, einen schändlichen Verrat nach dem anderen an den Massen zu begehen. Dagegen müssen diese Front machen. Die Betriebe müssen nun erst recht ihren Druck geltend machen, damit diese Verhandlungen nicht wieder ins Entlose verfallen, sondern möglichst sofort abgeschlossen werden. Die Betriebe müssen ein wachsendes Mißtrauen haben, daß sie nicht mit einem paar Belegschaften abgepreßt sind, sondern daß es sich um einen Kampf um die Existenz der Arbeiter handelt, weiter zehn und vierzig Stunden täglich zu arbeiten.

Wann wofür schuftet und darbt heute der deutsche Eisenbahner? Für den Profit der ausländischen Kapitalisten, die hinter der Reichsbahn-Gesellschaft stehen. Das ist selbst bei den Reformisten und Bürgerlichen Dämmern, die eine Drahtmeldung der „Reiniger Nachrichten“ aus Berlin, in der festgestellt wird, die Reichsbahngesellschaft sei

„lediglich ein auf Erwerb gerichtetes Unternehmen“, das nicht anders behandelt werden könne, als ein beliebiger Privatbetrieb. Zu dieser Ansicht ist man vor allem gekommen, weil auch die Reichsbahngesellschaft gegenüber dem Personal einen reinen Unternehmerstandpunkt eingenommen habe.“

Wir legen es den Eisenbahnern noch deutlicher: Die Reichsbahngesellschaft ist ein Morgan'sches Profitunternehmen. In den Verhandlungen über die Dames-Pläne ist genug darüber ausgesprochen worden, wie sich die ausländischen Kapitalisten die „Sanierung“ der deutschen Reichsbahn denken.

Deshalb müssen die Eisenbahner den Druck auf ihre Organisation verstärken und ungezügelt den Kampf um höhere Entlohnung und den Achtstundentag aufnehmen!

Sind die reformistischen Gewerkschaftsführer von den Unternehmern gekauft?

Von Woche zu Woche steigt die Not. Die kommunalen Statistiken können den Grad der Verelendung nur noch schwach veranschaulichen, denn die Folgen sind so offenbar, daß sie in den ebenfallts der Verelendung dienenden Angaben der „Gesundheitsräte“ durchbrechen, daß sie überall die immer schrecklicher werdenden Wirkungen der Dawes-Flünderer auf den nicht so direkt betroffenen Schichten der Bevölkerung aufdecken. Die Erwerbslosensiffern werden durch Streichung der Unterzählungen „geleitet“, täglich nimmt ihre Zahl, auch die der Kurzarbeiter, zu.

Die „Tarifgewerkschaften“, statt mit aller Energie die Interessen des Volkes wahrzunehmen, unterlassen direkt und indirekt die Maßnahmen der Ausbeuter und ihrer Verbündeten. Im Verborgenen vertrauen sie die Arbeiter, in der Metallindustrie nehmen sie die unumgänglichen Schiedsprüche an und bei der Eisenbahn sabotieren sie die einschneidenden und notwendigen Maßnahmen zur Abwehr.

Die gefährlichsten sind die Sozialdemokraten und die Christen.

Bei den Christen ist die Situation völlig klar. Die Führer der christlichen Gewerkschaften unter Braun und Kroschke sind politisch als die Agenten der Schöner-Baer- und Kroschke-Organisationen bekannt. Die Gewerkschaften unter Braun und Kroschke sind politisch als die Agenten der Schöner-Baer- und Kroschke-Organisationen bekannt.

Die Gewerkschaften unter Braun und Kroschke sind politisch als die Agenten der Schöner-Baer- und Kroschke-Organisationen bekannt. Die Gewerkschaften unter Braun und Kroschke sind politisch als die Agenten der Schöner-Baer- und Kroschke-Organisationen bekannt. Die Gewerkschaften unter Braun und Kroschke sind politisch als die Agenten der Schöner-Baer- und Kroschke-Organisationen bekannt.

Die Sozialdemokratie treibt es noch schamloser. Sie konstruiert Entschuldigungen für das brutale Verhalten der Ausbeuter und ihrer Regierung und versucht innerhalb der Betriebe die Kampfkraft der Arbeiter zu brechen oder wenigstens soviel als möglich zu schwächen. Sie bedient sich dabei folgender Mittel:

1. Sie bekämpft und sabotiert die Einheit der Gewerkschaften, um zu verhindern, daß mit einer wachsenden Kampfkraft eine wachsende Kampfplut auftritt, welche das Lohn- und Arbeitszeitselbst niederkämpfen und damit den geliebten Londoner Flündererpaß unmöglich machen würde.

2. Sie rührt keine Hand für die Mobilisierung der Betriebe gegen das Lohn- und Arbeitszeitselbst, sondern lacht durch „Vertagung“ die Arbeiter hinzubalten oder durch Annahme der entsetzlichen Schiedsprüche die Betriebe zu lähmen. In der Arbeitszeitfrage will sie die Gehirne mit Millionen vernebeln, indem sie den Arbeitern weis macht, durch Vollentscheidungen könne im Ausbeuterstaat der Achtstundentag gesichert werden. Es ist die alte sozialdemokratische Falle, die den durch die letzten Jahre tausendfach wiederlegten Schwindel enthält, daß durch Abstimmungen die Machtverhältnisse geändert werden könnten. Und das tut die SPD, trotzdem eben in der Schweiz die praktische Überlegung dieses Gambits erbracht wurde. Dort wurde durch diesen Hohnschied der Achtstundentag angenommen, aber trotzdem muß 9 bis 10 Stunden die tatsächliche Macht der Ausbeuter nicht gebrochen werden.

3. Die SPD setzt ihre Taktik der Zerstückelung der wichtigsten, auf gemeinsamen Kampf geradezu angewiesenen Kategorien fort. Sie sabotiert bewußt und offen die Verbindung der Bergarbeiter mit den Metallarbeitern und den Anschlag der Eisenbahner. Die Annahme des Schiedspruchs in der nordwestlichen Gruppe der Metallindustrie gehört zu diesen Trennungsmitteln. Sie tut das natürlich in allen Ländern. Der heroische Kampf der belgischen Bergarbeiter ist ein Beispiel. Monatlang kämpften sie. Die Deutschen liefern Streikbrockelose. Und die belgischen Eisenbahner transportieren sie! Mehr noch: Die revolutionären französischen Bergarbeiter bieten aktive Unterstützung an und die reformistischen belgischen Führer lernen sie an!

Zur Bewegung der Eisenbahner

Kein Kampf um den Achtstundentag.

(Eig. Drahtm.) Oberfeld, 18. Oktober.

Die Belegschaft des DGB hat in einer Funktionärerversammlung die Kündigung des Lohnvertrages bekräftigt und dem Hauptvorstand das Vertrauen der sozialdemokratischen Funktionäre ausgesprochen. Dadurch, daß ausdrücklich nur die Lohn-Paragrafen getündigt sind, wird natürlich auf eine Wiederherstellung des Achtstundentages verzichtet. Die ganze Bewegung ist deutsch, daß es den Dames-Plänen nur darauf ankommt, die Kampfintensität der Eisenbahner ein wenig Reduktion zu tragen, um zu verhindern, daß sie sich wirklich Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen. Die Reaktion der Eisenbahner liegen auf etwa 62 Prozent der Friedensrealitäten.

Unaufhaltsames Steigen der Lebenshaltungskosten

Berlin, 17. Oktober.

Die Reichsminister für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Mittwoch, den 15. Oktober auf das 1,23fache (in Papiermark das 1,23billionenfache) der Kriegszeit. Gegenüber der Vormode (1,21) ist demnach, besonders als Folge der Erhöhung der Ernährungsstellen, eine Steigerung von 1,7 zu 5 zu verzeichnen.

Vor Vollendung des Bürgerblocks!

Die deutschnationalen Minister bereits bestimmt.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 18. Oktober.

Der Reichsanstalt hat nach Beratung mit den Reichsministern die Vertreter des deutschnationalen Reichstagsparlamentes zu sich gerufen und Verhandlungen über einen Eintritt deutschnationaler in die Reichsregierung. Nach diesem Empfang trat die deutsch-

ationale Reichstagsparlament zusammen. Es heißt, daß als Vertreter der Deutschnationalen in die Regierung einberufen werden sollen: Berg, Leopold, Schiele, v. Kries oder Freiberger u. S. d. Der Reichsanstalt ist den Deutschnationalen vier Sitze in der Reichsregierung zugesprochen haben.

Vom Streik der Thüringer Gemeindegewerkschafter

(Eig. Drahtm.) Gotha, 18. Oktober.

Die Gemeindegewerkschafter in Gotha wurden auf Anordnung des Tarifverbandes Thüringer Städte ausgepreßt. Die Technische Abteilung wurde eingeklinkt. Die Arbeiter des Wasserwerkes, der Straßenreinigung, der Müllabfuhr usw. liegen auf der Straße.

(Eig. Drahtm.) Weimar, 18. Oktober.

In Weimar fanden Einigungsverhandlungen statt. Eine Schlichtungskommission trat zusammen und bewilligte mit sechs gegen eine Stimme den Arbeitern statt der bewilligten 8 Pfennig 5 Pfennig Lohnsteigerung.

Greiz (Vogtland), 17. Oktober.

Der Streik in den thüringischen Gas- und Wasserwerken ist beendet. Auf der Basis von 6 Pf. Zulage je Stunde. Ferner wird ein Wirtschaftsausgleich von 10 und 5 Mark gewährt.

Mehlich verlängert den Zehnstundentag

(Eig. Drahtm.) Dortmund, 18. Oktober.

Der Schiedspruch für die nordwestlichen Gruppen der Metallindustrie in der Arbeitszeitfrage ist ungeheuerlich. Der verlängert den Zehnstundentag, weil eine Einigung der Parteien nicht erreicht sei und die Profite der Ausbeuter sich nicht erhöhen hätten, kann einfach bis zum 28. Februar 1925. Die Christen hielten gestern Abend eine Versammlung ab, in der der Schiedspruch einstimmig abgelehnt wurde. Das zeigt, wie unmöglich der Schiedspruch ganz allgemein für die Arbeiter ist. Aber weder die Sozialdemokraten noch die Christen wollen einen Kampf.

Englische Wahlbewegung

Die drei großen englischen Parteien, die Liberalen (die sogenannten 'Läpfe'), die Konservativen ('Tories') und die Arbeiterpartei haben ihre Wahlprogramme veröffentlicht.

Die Liberalen werfen der MacDonald-Regierung vor, daß sie unter dem Druck der Kommunisten das Verhältnis gegen Cambridge eingestellt und den Vertrag mit Australien abgelehnt habe. Die Liberalen behaupten, die Arbeiter-Regierung im Parlament gebirgt, ihre Wahlversprechungen, die 'Sinnige' für die Erwerbslosen, in erster Linie, zu erfüllen. Die Liberalen weisen darauf hin, daß unter der Arbeiter-Regierung im Gegensatz die Arbeitslosigkeit noch zugenommen hat und daß sie weiter zunimmt. Die Arbeiter-Regierung hat keine neuen und wirksamen Maßnahmen dagegen ergriffen. Auch in der Frage der Wohnungsfürsorge habe die Arbeiter-Regierung versagt. Die Liberalen versprechen auf beiden Gebieten schleunigste Abhilfe. Die Liberalen versprechen den Bauern, daß sie auch ihnen helfen wollen. Sie wollen ein System erfinden, welches die Vorteile des Privatigentums an Grund und Boden mit denen der Pachtung verbindet und die Nachteile beider vermeidet. (1) Auf industriellen Gebieten schlagen die Liberalen Arbeitgemeinschaften zwischen Finanzkapitalisten, Industriellen und Arbeitern vor. Nur durch Zusammenarbeit und gutem Willen können höhere Löhne und Abnahme der Erwerbslosigkeit erreicht werden. Dann folgen Versprechungen hinsichtlich des Sozial- und Alters-Versicherungswesens. Das, was das liberale Programm von den anderen Programmen unterscheidet, ist die Forderung einer Reform des Wahlsystems, Einführung des Verhältniswahlsystems. Die Liberalen betonen sich insbesondere als Anhänger eines Freihandels. Um die Arbeiter zu gewinnen, erlassen die Liberalen, daß sie dafür eintreten werden, daß aus den Abgaben, die die Bergwerksunternehmer an die Grundbesitzer zahlen müßten, Summen zum Bau von Arbeiterhäusern bereitgestellt werden. Die Liberalen lehnen den englisch-russischen Vertrag ab. Sie werden sich dagegen, daß zu der Zeit wo dies getrieben wird, die Arbeiter-Industrie exportfähig zu machen, die Arbeiter-Regierung dem Parlament empfiehlt, einen Vertrag zu ratifizieren, nach dem die britischen Steuerzahler eine Anleihe einer Regierung garantieren, die grundsätzlich die künftigen Bindungen zwischen Geldgeber und Geldnehmer vereinfacht hat.

Auch die Konservativen wollen sich dagegen, daß eine Anleihe gegeben wird, das sich dagegen, daß ein Anleihen anerkannt. Genau wie die Liberalen werfen sie der Regierung vor, daß sie nichts für die Erwerbslosen, für die Wohnungslosen, für die Altersrentner getan hat. Demagogisch versprechen die Konservativen, ihre Abhilfe zu verschaffen.

Für die Fähigkeit der Arbeiterregierung ist es fernsinniger, daß die Konservativen erwidern, daß sie mit der Fähigkeit der Arbeiter-Regierung bei der Regelung der Arbeitslosen den besten Beweis geben. Die Konservativen spielen die außerpolitischen Fragen eine größere Rolle. Sie betonen die Rüstungen, fordern danach eine Verstärkung des Völkerverbundes. Die Konservativen legen besonders Gewicht auf die enge Verbindung des Mutterlandes mit den Kolonien, auf Abhängigkeit von Handelsverträgen zwischen Mutterland und Kolonien, auf Behauptung des Gebiets des britischen Weltreiches gegenüber allen Leistungsbestrebungen. Die Konservativen sprechen sich für den Dames-Plan aus, wenn sie fordern, daß die britische Industrie gegen die ausländische Konkurrenz geschützt werden muß. Sie treten im Gegensatz zu den Liberalen nachdrücklich für Schutzzölle ein.

Die Arbeiterpartei fordert in ihrem Antrag Erfüllung und Verstärkung des Völkerverbundes. Sie wiederholt ihre alten Wahlversprechungen über die Wohnungsfürsorge, Renten-fürsorge, Aufbesserung der Beamtenlöhne. Die Arbeiterpartei erklärt, daß der einzige Weg zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit die Entzerrung der Industrie und des Außenhandels ist. Zum russischen Vertrag wird erklärt, daß die Arbeiter-Regierung sich nicht weigern würde, auch mit einem Lande Frieden zu schließen, wie Russland. Denn durch die guten Handelsbeziehungen mit Russland würde der englischen Industrie und damit der Arbeitskraft geholfen werden. Die einzigen radikalen Forderungen sind die Nationalisierung der Bergwerke und der Transportmittel. Und hier bricht sich die Arbeiter-Regierung sehr deutlich ab. Es spricht von der Reorganisation der Bergwerksindustrie durch Überführung der Bergwerke in den Allgemeinbesitz, bei der Interessen beider Teile (also auch der Unternehmer) berücksichtigt werden sollen. Auch die Eisenbahnen sollen in den Allgemeinbesitz übergehen. Dann schließt sich die Forderung an, den Verkauf der Post- und Fernsprechanlagen an den Nationalbesitz. Die Arbeiter-Regierung unterzeichnet weitgehend die Elektrifizierung Englands im Interesse der Industrie vor.

Wenn wir die verschiedenen Forderungen ansehen, so müssen wir sagen, die Wahlversprechungen hinsichtlich der Wohnungsfürsorge, der Erwerbslosenfürsorge, der Fürsorge für die Arbeiter im Allgemeinen sind die Forderungen, die allen drei Parteien. Und die Außenpolitik unterscheiden sich die Forderungen der drei Parteien nicht. Die Betonung der Rüstungen durch die Konservativen ist eigentlich überflüssig, denn die Arbeiter-Regierung hat gerade für die Steigerung der Rüstungen der Luft- und Kriegesflotte sehr viel getan. Die Forderung der Nationalisierung von Grund und Boden ist eine Wahlparole, die in der Theorie unter dem Druck der Wahlen, vor allem unter dem Druck der Bergarbeiter aufgenommen hat. Auch hier ist kennzeichnend, daß die Arbeiterpartei nicht die Forderung, entschädigungslose Enteignung der Bergwerksbesitzer, aufgenommen hat, sondern sich sehr vorsichtig ausdrückt. Der einzige Punkt, bei dem zwischen den Konservativen und Liberalen auf der einen und der Arbeiter-Regierung auf der anderen Seite die Frage des englisch-russischen Vertrages. Auch hier erklärt die Arbeiterpartei, daß die Sache eigentlich nicht so gefährlich sei, der Vertrag enthalte ja nur formale Bestimmungen, der eigentliche Vertrag über die Anleihe würde erst auf einer späteren Konferenz abgeschlossen werden.

Die englischen bürgerlichen Zeitungen machen sich lustig über die Forderungen der Arbeiterpartei, die sich durch nichts von den

bürgerlichen Programmen (abgesehen vom russischen Vertrag), unterscheiden. Mit Vorliebe betonen sie, wie die Arbeiter-Regierung erfüllt hat der letzten Wahl gegebenen Wahlversprechungen.

„Nazim“ Herriot
Frankreich bis an die Zähne gerüstet.

Paris, 18. Oktober.

Im Finanzauschuß der Kammer gab bei Beratung des Budgets Herriot 101 Erklärungen über die französische Politik in Spanien und Marokko ab. Herriot unterhalte in Spanien 23000 Mann, darunter 6500 Gendarmen, an Streitkräften. Die Zahl werde am 1. Januar auf 14000 herabgesetzt. Die jetzigen Verhältnisse veranlassen die Regierung, Spanien besonders Aufmerksamkeit zu widmen. Die Ereignisse in Spanien Marokko hätten keinen Einfluß auf die französische Zone, erforderten aber Vorkehrungen. In Marokko würden insgesamt 64000 Mann, darunter 20000 Franzosen. Herriot erklärte die einjährige Dienstzeit jetzt für ein m o g l i c h.

Zeppelin-Schoner
Bau von Zeppelinen auf Reparationskonto.

Paris, 17. Oktober.

„Journal“ schreibt über die Frage des Schiffbaus der Zeppelinschiffe, die Kontrollkommission würde zwar die Durchführung des Schiffbaus betragen, doch könne sich die deutsche Regierung in der Angelegenheit an die alliierten Mächte wenden, die dann im Obersten Rat, der offenbar keine Ansichten in letzter Zeit etwas geändert habe, entscheiden zu lassen. Richtig sei, daß eine französische Gesellschaft Patente der Zeppelin-Schiffe erworben und Handels- und Vertriebsstellen eingerichtet. Diese französischen Gesellschaften habe vorgeschlagen, daß Bauauftrag auf Reparationskonto Zeppeline baue. Hierdurch würde sich das Bestehen der Werk um etwa zwei Jahre verlängern.

Die Pariser Vorkonferenzen vor dem Kampf. Die Lohnbewegung der Realisten beunruhigt hat auch auf die in Privatbetrieben beschäftigten Angehörigen übergriffen. Die Pariser Vorkonferenzen haben hinsichtlich ihrer Direktion, der Verhandlungen überträgt, die ebenfalls ein Mindestlohn von 6000 Francs und einen nach dem Teuerungszustand zu fallenderen Lohnzuschlag und Erhöhung der Überleitungsbeihilfe enthalten.

Vom Zusammenbruch des spanischen Marokko-feldzuges

Madrid, 18. Oktober.

Der „Heraldo“ erklärt in einem Vorkarikel, daß eine Volksabstimmung mit Sicherheit eine große Mehrheit für die Aufgabe des marokkanischen Feldzuges ergeben würde, weil die Nation den endlosen Blut und Geldopfer tat. „ABC“ verlangt den sofortigen Friedensschluß und die Bildung einer Regierung unter Primo de Rivera, die Maßnahmen ausrichte und verfassungsmäßige Zustände herstellen solle.

Internationale Terrorjustiz gegen Kommunisten
(Eig. Drahtim.) Kairo, 18. Oktober.

Im großen Kommuniprozess wurden acht Anklagen in je 3 Jahren Zuchthaus, die übrigen zu je 6 Monaten Zwangsarbeit verurteilt. Die Verurteilten traten wegen Unfähigkeit, die Strafen zu empfangen, nach der Urteilsverkündung riefen die Angeklagten: „Es lebe der Kommunismus!“

Der chinesische Krieg
Wachsende Kriegslage.

Peking, 18. Oktober.

Die Streitkräfte Japans sind über die Große Mauer hinaus zurückgedrängt worden.

Italienische Kommunisten für Einheit der Gewerkschaften

Rom, 17. Oktober.

Das Exekutivkomitee der kommunistischen Partei Italiens erklärt einen Aufruf zum bewaffneten Kampf der Confederazione Generale di Lavoro, des italienischen Gewerkschaftsbundes. Die kommunistische Partei fordert die Arbeiter zu Kämpfen in die Gewerkschaften auf; sie verlangt Basen und Aufrechterhaltung des Charakters der Gewerkschaften als Massenorganisationen und kämpft gegen ihre baronischen Tendenzen. Die kommunistischen Gewerkschaften werden fordern, daß die Wahl von Betriebsräten und endlich den Kampf für die internationale Einheit der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und zu diesem Zweck die Einberufung eines internationalen gewerkschaftlichen Einigungskongresses. Der Aufruf kritisiert die verabschiedete Politik der sozialistischen Weltkongresse, die den kommunistischen Kampf gegen den Faschismus in Italien weiter zu führen, daß sich von der bürgerlichen Opposition einlassen zu lassen!

Hungerkretz tschechoslowakischer Kommunisten

Wie unter tschechoslowakisches Vordringen, der „Reichsbanner-Vormärts“, meldet, fanden die in Kaschau in Unterungarnschaf befindlichen Gewerkschaften 21. ab, 22. a m a n n und 23. a n d e i 3 u n p am 18. Oktober bereits den folgenden Tag im Hungerkretz. Die Gewerkschaften kämpften mit diesem verzweifelten Mittel für die Gewährung der gesetzlich vorgeschriebenen Vergünstigungen; je dem eine Unterbringung, menschenwürdige Behandlung, Zehner- und Raucherlaubnis usw. Nach sieben Tagen Hungerkretz verzweifelten die Gewerkschaften schließlich immer noch die Realisierung dieser Selbstverpflichtungen. Die tschechoslowakischen Vorkommnisse nun Schatz ihrer Geduldrepublik ein unerhörtes Prestigegebot erzielt haben, so berichtet der „Vormärts“, die weitere Mitteilung und Kommentar zu diesem Hungerkretz.

Meuterei in polnischen Gefängnissen
Obernberg, 17. Oktober.

Am Dienstagabend kam es in der Strafanstalt Gamsbor zu einem Aufbruch der Anstaltsinsassen. Das Personal griff mit starker Waffe ein, wobei eine größere Anzahl Gefangener verletzt wurde. Am Sonnabend wiederholten sich die Unruhen. Der Grund für die Ausschreitungen soll schlechte Verpflegung sein.

Straßenfahrten gegen die Wiener „Rote Fahne“
(Eig. Drahtim.) Wien, 18. Oktober.

Wie der Wiener „Rote Fahne“ bekannt wird, beschäftigt der Staatsanwalt gegen die „Rote Fahne“ ein Strafverfahren wegen eines Artikels „Selbstmord“ wieder.

Schwedischer Landarbeiterkretz
(Eig. Drahtim.) Stockholm, 18. Oktober.

Die Gewerkschaft der schwedischen Landarbeiter hat beschlossen, zur Zeit der Herbstfeldarbeit den Generalstreik zu proklamieren, falls die Grundbesitzer ihre Lohnforderungen nicht zurückziehen.

Für Anerkennung Sowjet-Rußlands durch Amerika

Wachsende Bewegung in den Vereinigten Staaten.

Trotz der gellagerten Anstößlichkeiten in den Vereinigten Staaten, deren Vorkommen bei der Generalversammlung der Sozialistischen Partei übernahm, hat, breitet sich die Bewegung für die Anerkennung Sowjet-Rußlands immer mehr aus. Die nördlichsten amerikanischen Gewerkschaften lassen sich von den Ideen des Herrn Hughes nicht besonders beeinflussen. Sie stellen fest, daß im vorigen Jahre die Sowjetunion Baumwolle im Werte von 15 Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten eingekauft hat. Diese Zahl erreicht die Vorkriegszeit und es ist zu befürchten, daß sowohl die großen Baumwollproduzenten wie die mit ihnen verbundenen Geschäftsleute (Banken) die Beziehungen mit der Sowjetunion weiter aufbauen und im Rahmen eines Gesamtvertrages einzeln wollen.

Die gute Baumwollenernte in Amerika führte zu einer merklichen Senkung der Preise. Das einzige Land aber, das selbst bei diesen erniedrigten Sätzen fähig ist, die amerikanischen Baumwollüberschüsse in größerem Maße aufzunehmen, ist die Sowjetunion, wo die Baumwollproduktion im Winter 1927/28 um 50 Prozent mehr als im Jahre 1926/27 erzielt wurde. Diese Umstände sind nicht bestritten. Trotz bedeutender Vergrößerung der Anbauflächen in Turkestan, China, Sibirien und im Kaukasus deckt die Ernte nur 90 Prozent des Bedarfs. So ist Russland im nächsten Jahre der Preisregulierende Faktor im Weltmarkt. Dies ist der Hintergrund, der die Bewegung für die Anerkennung Sowjet-Rußlands in Amerika. Einige große Baumwollproduzenten, wie Newberg, haben schon einen offenen Vertrag mit Russland zum die Anerkennung der Sowjetunion gefordert. Das Handelsministerium leistet noch einwilligen erbiterten Widerstand. In einem besonderen Kommuniqué wird ausgeführt, daß die gegenwärtigen großen Baumwollüberschüsse an Arbeitskräfte für wirtschaftliche Produkte nur „ künstlich“ von der Sowjetregierung „inszeniert“ werden. Das ganze sei ein politisches Manöver der Sowjetunion, die dadurch die Anerkennung erreichen will.

Die russische öffentliche Meinung, führt Sofortismus in der „Pravda“ aus, weil diese Erklärungen des Handelsministeriums nach ihrer Meinung, Karabere, der Typus des amerikanischen wirtschaftlichen Regimes die Anerkennung der Sowjetunion als Geschäft betrachtet. Die Seiten, wo die Sowjetrepublik bereit war, für die Anerkennung seitens der bürgerlichen Staaten materielle Opfer zu bringen, sind aber längst vorüber. Herr Hughes kann seine Sowjetbegehr steigern, wie er will. Er wird dadurch die Sowjetregierung zu keinen Konzessionen bewegen.

Aus der Sowjet-Union

Moskau, 16. Oktober.

Die heute beginnende Tagung des Generalsekretariatskomitees der Sowjetunion beschloß, das Gebiet Süd-Osten in Zukunft Nordkaukasisches Gebiet zu benennen.

DAS WORT
Aus dem Inhalt der Nr. 121: Die Moralität und ihre Folgen. Sozialismus der kleinen Leute. Außenhandel und Wirtschaften. Anatole France. Der Kampf des anglo-amerikanischen und des japanischen Imperialismus gegen China. Karabere, der Typus des amerikanischen Wirtschaftsregimes. Wo ist ein so herrlich Volk, von R. A. Wittfogel. Kritik der Künste. Kritisches. Die Bergwerke auf Island; von E. T. A. Hoffmann, mit Schritten von R. Borg.

Anatole France

Von Victor Senge.

Nach einem langen, von Arbeit, erleuchteten Denken und hohen Freudscher Erfüllung, nach dem ein solches Wesen das hat, ebenso hart und wie sein Diktator. Anatole France, der immer seine Augen geschlossen. Mit ihm ist einer der größten Träger der Kultur des 19. Jahrhunderts dahingegangen, der daran gefordert ist, daß er die Hoffnungen seiner Zeit an der Schwelle eines unendlich härteren Jahrhunderts überlebt hat.

Anatole Frankreich müßte, um seine Werke zu schreiben, den Namen seines Landes und wurde zu einem der hervorragendsten Vertreter der französischen Vortriebskultur, einem der reinen Rhythmus der europäischen Kultur vor Zannbergen, Verdun, der Somme, dem Elagerrat. Wir trauten um einen Dichter und um eine Kultur, um einen Weisen und um eine großartige Klugheit.

Durch alle diese immer ebenen Haren wie manchmal so überfeinen Schattierungen des Denkens und des Wortes, die er in seiner Zeit und seiner Gesellschaft, seine Sprache von vollkommenen Individualität, in ihrer Tendenz präzise wie der wissenschaftliche Gebilde, abgelehnt nach den eben überlieferungen französischer Vorbildlichkeit, durchdrungen von Maren Voltivismus, der im 18. Jahrhundert von den Philosophen der aufsteigenden Bourgeoisie begründet war, lebte mit unabhäuflicher Eleganz die Welt über, aber hat, auch glaudt, sie verstanden zu haben, und da sie sich als Steger fühlt, großmütig sein möchte.

Der lächelnde sanfte Skeptizismus von Anatole France, seine freiberrigere Vaterlandsliebe, die mit der Liebe zur Kultur und dem der Verehrung einer überirdischen Menschlichkeit verbunden ist, die hohe Freiheit seines Urteilens, seine gleichgültig verurteilende und ungläubig-kritische geistige Freiheit, seine Ironie ohne Grausamkeit, sein weitreichendes Wissen, sein Mittelmaß für die Belegten und Ausgewählten, seine gleichzeitige Anhänglichkeit

an die alte Gesellschaft - sind dies nicht, in einem symbolischen Sinne, die Merkmale der französischen Zivilisation vor ihrem bewußten Übergang zum Imperialismus?

Von 1871 bis 1914, zwischen der Abschaffung von dreißigtausend bürgerlichen Wählern und dem großen Kriege, erlebte die französische Bourgeoisie in mehr als vierzig Jahren, unter dem Scheitern des Wohlstandes. Die Katastrophen am Ende des Zweiten Weltkrieges gerät in Vergessenheit; das Blut an der Mauer der Republik verbleibt. Die Dritte Republik baut ihre Kolonialpolitik auf, wird auf die gesellschaftlichen Erregungszustände, macht aus Paris die glänzende Hauptstadt der französischen Welt, und die Nation überwindet ohne die ihr zurechnende Welt, die den Reue der Welt vorgekommen wird, wo die Demokratie, die Wissenschaften, die Künste, die Literatur, der Sozialismus den Armen ein freilich langsames, aber friedliches und fast bequemes Durchdringen in die künftige sozialistische Gesellschaft (sur la pierre blanche) der demütigen Reue der radikalen Politiken. Subjektiv aber bestreitet den wissenschaftlichen Schärft, zugleich von ganz unabhäuflicher Verblendung das Ende dieser Welt vor. Der Welt dieser Epoche spiegelt sich mit allen seinen Reichtümern in dem Werte von Anatole France wider. Der Dichter sieht hinter den Hoffnungen seiner Zeit die bunte Mauer der Wirklichkeit. Man lese die fantastischen Legende des 11. des Pinguins (in „L'île des Pingouins“: „Millionen Menschen arbeiten in der Wirklichkeit.“)

Um in diesem hohen Maße eine Epoche zu verkörpern, muß man selbst sehr groß sein. Was uns aber die Größe von Anatole France in vieler Beziehung so wertvoll macht, was häufig die Tragweite seines Werkes über die Grenzen der Zeit des französischen Kapitalismus hinaus ausdehnt, das ist, daß er einen Moment der modernen Kultur in den erhabenen und reinen Formen verkörperte. Das Gebäude einer Kultur hat immer keine düsteren Kellergebäude: Stavenpen, Blut und Schweiß der Lohnknechte, die von der Fabrik permalmt werden, kein der Kojenen,



gang des Volkes. Auch mit Rücksicht darauf, daß die Gesundheit der Mutter durch laienhafte Eingriffe schwer gefährdet sei, müßten derartige Fälle mit aller Sorgfalt behandelt werden.

Aus dem Geschäftsvorbericht

Rein Weising, Gummi-Bieder
billigste Gr. Steinhilf. 51
Nähe Markt.

Arbeiter-Sport

Bom Tage

Statt „Zeppelin“ — „Los Angeles“

Ein Dompteur des Circus „Krone“ von einer Tigerin angegriffen.

Explosionskatastrophe in Schottland.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sport

Alles sagt einander: «Nur Salamander!!!»

Der Salamander Schuh ist das Produkt jahrzehntelanger Erfahrung in der Schuhfabrikation. Deshalb ist er in guter Ausführung, Paßform und Schnitt vorbildlich.

Halle a. d. Saale, Leipziger Straße 100

Unerreicht an Schönheit, Preis

find meine 3082

Puppenwagen und Puppenbetten
Kinder- und Stubenwagen
Selbstfahrer, Schwingteller, Kinder-
Nähle und Nähmaschinen, Kinderbetten

Spezialgeschäft Bruno Paris
jetzt Brüderstr. 3, 1 Minute vom Markt

Abgabe nur an Wiederverkäufer!

Schokolade-Kakao Keks-Bombon

Willy Volpert
Halle a. d. Saale
Leipzig

Abgabe nur an Wiederverkäufer!

Spendet für die „Rote Hilfe“

Mit dem heutigen Tage verlege ich mein Geschäft von Leipziger Straße 94 nach

Leipziger Straße 12

dem bisherigen Geschäft gegenüber

Theodor Bühr

Korb-Möbel, Kinderwagen-Spezial-Geschäft

Zeitungsträger

der Möglichst schnell gedruckt. Zu werden bei Otto Feilich.

Zeitungsträger

ob Gedruckt (Dr. Deligisch) oder gedruckt. Zu melde Emil Siegmann.

Weihenstephan

Hell und dunkel die Krone aller Baur. Werke

Dortmunder Union bell

Spezialausführung: **„Roter Löwe“**

Weißenfels 1063

Goldenes Familienlokal

Zeitungsträger

f. Augsburg (Mansf. Sect.) gesucht. Meldungen bei Ernst Härtel.

Der Kommunistische Gewerkschafter

Kampfborgan für die Arbeit der Kommunisten in Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften

Bezugspreis:
Einzelnummer 10 Pfennig

Berlin, im Oktober 1924

Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsgesellschaften GmbH, Berlin, Plauer Str. 17
Red.: Willi Schoenbed, Berlin, Rosenfelder Str. 33

Revolutionäre Gewerkschaftspolitik in der demokratisch-pazifistischen Ära.

I.

H. Kant. Was macht den Inhalt der demokratisch-pazifistischen Ära, die die kapitalistische Welt derzeit durchmacht, aus? Außenpolitisch stellt diese Ära den Versuch der mächtigsten Staaten dar, durch friedliche Konferenzen die drohenden Kriegszusammenstöße auszuschließen. Innenpolitisch bedeutet sie den Versuch der kapitalistischen Klasse, ihre Herrschaft durch Milderung der Klassengegensätze mit Hilfe von Scheindemokratischen oder gar sogenannten Arbeiterregierungen aufrechtzuerhalten.

Aber Voraussetzung jeder Politik bilden die ökonomischen Faktoren. Auf welche ökonomischen Voraussetzungen stützt sich nun diese Außen- und Innenpolitik? Ihre internationale ökonomische Voraussetzung würde die Möglichkeit, durch Handels- und Kreditverträge zwischen den Staaten das zerstörte Gleichgewicht wieder herzustellen, die Endkrise der letzten Etappe des Kapitalismus, des Imperialismus zu überwinden, bilden. Ihre nationale ökonomische Voraussetzung würde die Möglichkeit, der Arbeiterklasse gewisse Zugeständnisse zu machen, d. h. in der offenen kapitalistischen Offensive nachzulassen, sein.

Wären diese zwei Voraussetzungen nicht gegeben, dann wäre die Bourgeoisie auch weiterhin gezwungen, sich offen auf die nationalstaatliche Ideologie und auf den faschistischen Apparat einzustellen. Die verflochtenen paar Jahre haben bewiesen, daß diese offen reaktionäre Methode des Herrschens die gewaltigen wirtschaftlichen Klassengegensätze noch verschärft und zur endgültigen politischen Klassenauseinandersetzung führt. Das Anwachsen der revolutionären Stimmungen in einem derart entscheidenden Lande wie England ist daher ein Warnungszeichen für das internationale Kapital, jene offen reaktionäre Herrschaftsmethode nur als letztes Mittel anzuwenden und vorläufig weniger gefährlichere Methoden zu versuchen.

Derartige neue Herrschaftsmethode des Finanzkapitals erleben wir nimmermehr als die gegenwärtige demokratisch-pazifistische Ära. Diese gegenwärtige Ära unterscheidet sich aber von den schon mehrmals dagewesenen ähnlichen Perioden darin, daß die angeführten ökonomischen Voraussetzungen fast völlig fehlen. Ihr charakteristischstes Merkmal ist daher der ständige Widerspruch zwischen dem Schein und der Form dieser Ära und zwischen ihrem Inhalt. Daher auch die Kurzzeitigkeit dieser Ära. Schon jetzt können wir ein Abbröckeln feststellen: Die deutsche Bourgeoisie steht sich gerade jetzt gezwungen, in Form des Bürgerblocks diese Ära in Deutschland zu realisieren. Und das ist bereits ein Widerspruch an sich. In Deutschland ist ja gerade der Knoten dieser Ära geknüpft: Der Vertrag, der diese Ära international ermdalichen soll, ist das Dawes-Gutachten und seine Realisierbarkeit hängt davon ab, wie die deutsche Bourgeoisie mit ihren werftätigen Massen fertig wird. Nach dem allgemeinen Plan — sollte er gelingen — müßte sie ohne Bürgerblock, mit „demokratischeren“ Methoden es „schmeißen“.

Bis dieses Abbröckeln Allgemeinererscheinung wird, verhält das Dawes-Gutachten den wirklichen Inhalt dieser demokratisch-pazifistischen Ära. Unter der friedlichen Bedeckung des Dawes-Mantelchens geht eine ungeheure Verschärfung der kapitalistischen Gegensätze vor sich, die Bourgeoisie trifft sieberhafte Vorbereitungen zu imperialistischen Kriegen und zur Säbeldiktatur im Innern der Länder. Diese anwachsenden Gegensätze werden dann plötzlich sturmartig zum Durchbruch kommen müssen. Die kapitalistische Offensive wird ihren Höhepunkt erreichen müssen. Diesen wahren Inhalt zu verbergen, dies die Aufgabe der demokratisch-pazifistischen Ära.

II.

Wie widerspiegeln sich nun die erwähnten Grundtatsachen in der Ebene der Gewerkschaftsbewegung? Als Organe des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse zum Kampfe um die Bekämpfung ihrer ökonomischen Lage bilden die Gewerkschaften zugleich die Schulen des Sozialismus: es ist ein automatischer Lehrprozeß, bei dem aber die politische revolutionäre Partei des Proletariats, seine politisch organisierte Avantgarde, diesen Lehrprozeß lenken, beschleunigen und vereinheitlichen muß.

In diesem Zusammenhange ist für die Gewerkschaftsbewegung vor allem entscheidend die Tatsache, daß das Kapital in der demokratisch-pazifistischen Ära gewisse Zugeständnisse einzuräumen, um dadurch den wahren Inhalt dieser Ära zu verdecken. Für Deutschland bedeutet das, daß, bekräftigt durch die politische Niederlage des Proletariats im Oktober 1923, die unmittelbare Bedrohung der kapitalistischen Herrschaft für die Dauer der demokratisch-pazifistischen Ära von der Tagesordnung abgesetzt wird. Die kommunistische Partei — als die revolutionäre Partei des Proletariats — geht von der unmittelbaren Anleitung der werftätigen Massen im Aufstand auf die Rettungen des Kapitals zur Organisierung und Vorbereitung der Revolution über.

Dies ist ein Prozeß, der zweierlei erfordert: Festhaltung und Vertiefung der innigsten Verbindung mit den Massen einerseits, unaufhörliche politische Revolutionierungsbearbeitung unter den Massen andererseits. So bleibt die kommunistische Partei auch in der demokratisch-pazifistischen Ära der berufene Leiter im automatischen Lehrprozeß der Massen, in den natürlichen Schulen des Sozialismus, Sammelbeden der Klasse, — in den Gewerkschaften.

Lehrzeiten verändern ihren Inhalt und ihre Formen. Neue Situationen, wie die gegenwärtige Ära, stellen neue Aufgaben dem Leiter. Seine Methoden müssen das Ergebnis dieser Zusammenlegung folgender zwei Faktoren bilden: 1. Die unveränderte Aufgabe, die Arbeiterklasse zur Eroberung der politischen Macht, zur Aufhebung der Diktatur des Proletariats zu führen, und 2. die konkret gegebene Situation. Der erste Faktor ist heute wie vor fünf Jahren derselbe geblieben. Um die richtige

Methode unserer Arbeit zu ermitteln, müssen wir daher nur den zweiten Faktor klar herausheben.

Die Zusammenlegung dieser beiden Faktoren im internationalen Maßstab vollzog der V. Kongreß der Kommunistischen Internationalen und der III. Kongreß der KZJ. und erhielt als das Ergebnis dieser Zusammenlegung für die demokratisch-sozialistische Ära die These:

„Kampf um die organisatorische Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung“.

Die Zusammenlegung der oben erwähnten Faktoren im Rahmen Deutschlands (und eines jeden einzelnen Landes) darf sich aber nicht darauf beschränken, gleichfalls nur die klare allgemeine Linie vorzuzeichnen. Dies hat der Zentralausschuß vom Juli bereits getan. Unsere Aufgabe bleibt es, die Zusammenlegung derart konkret vorzunehmen, daß die Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition klaren Inhalt und Form erhält. Dies hat sie bis jetzt in Deutschland nicht.

III.

Was die deutsche Bourgeoisie an Zugeständnissen gegenwärtig der deutschen Arbeiterklasse bereiten kann, das ist die Amerikanisierung der deutschen Klassenverhältnisse. Diese Amerikanisierung wird vorwiegend bei Ueberwindung der ganz kraßen Tatsachen und Vorbereitungen durch eine Fülle von gesetzgeberischen Akte, bei gleichzeitiger „gesetzlichen“ scharfsten Unterdrückung des linken Flügel der Arbeiterbewegung und ihrer politischen Partei, der KPD.

Angeichts dieser Lage muß die revolutionäre Gewerkschaftspolitik folgende Aufgaben sich stellen:

1. Den Schein der angeblichen ökonomischen Zugeständnisse zerbrechen, um seinen ihm entgegengesetzten Inhalt den Massen beschleunigt zum Bewußtsein zu bringen;

2. Den Gewerkschaftskampf politisieren, das heißt, den proletarischen Willen zur Macht im Staate in den revolutionären Willen zur Macht in den Gewerkschaften übersetzen.

Aus diesen zwei konkreten Aufgaben ergeben sich folgende konkrete Schritte für die Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition:

1. Vor allem Kampf gegen jede demokratisch verhängte Gesetzgebung in der Ebene des ökonomischen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit; gegen jene Gesetzgebung die die frühere offene Kapitalsoffenheit mit einem Staatsmäntelchen umhüllt und „prinzipiell“ Vorteile der Arbeiterschaft während, praktisch durch lauter Ausnahmen die noch vorhandenen Rechte der Arbeiterschaft aufhebt (z. B. Washingtoner Abkommen).

2. Keine Beschränkung auf Kur-Krittik, nur negative Opposition, sondern Betreibung einer positiven Gewerkschaftspolitik, als des realen Ausdruck des Willens zur Macht in den Gewerkschaften und in der Wirtschaft.

3. Im allgemeinen im Gegensatz zu der reformistischen Gewerkschaftspolitik muß die revolutionäre Gewerkschaftspolitik jene Basis der Reformisten ablehnen, die den Kampf um die Arbeiterinteressen begrenzt. Also Ablehnung der Grenzen, die das Dawes-Gutachten den Forderungen der Arbeiterklasse zieht. Unsere Forderung muß lauten: „Nicht die werttätigen Massen haben das Dawes-Gutachten gewollt und anerkannt, nicht sie haben die Lasten seiner Annahme zu tragen.“ „Nieder mit seinen Lasten und zum Teufel mit ihm selbst.“

4. Politisierung der Gewerkschaftsarbeit im Sinne der Klarlegung der Unmöglichkeit irgendwelcher Formen der kapitalistischen Herrschaft, die Lage der Arbeiterschaft auch nur vorübergehend zu bessern. Dies durch Antisubvention an tägliche konkrete Forderungen und im Zusammenhang damit durch ständige Förderung der Uebernahme der Produktionskontrolle und der politischen Macht.

5. Bei Unentbehrlichkeit dieser gewerkschaftlichen „Großpolitik“ die Nicht-Vernachlässigung jener gewerkschaftlichen Kleinarbeit, die den einzigen Inhalt der Brandler-Stappe der revolutionären Gewerkschaftsarbeit ausmacht (und daher opportunistisch war).

IV.

Dies — andeutungsweise — Konkretisierung einiger Fragen unserer Gewerkschaftspolitik: In Fragen des Arbeitsvertrages — gegen das staatliche Schlichtungswesen; das Koalitions- und

Streikrecht muß für alle Schichten der werttätigen Massen ohne juristischen Schwinkel direkt von den Gewerkschaften erkämpft werden; in Fragen des Tarifvertrages gegen die Differenzierungstendenzen, die die Arbeiterklasse zerpfücken und atomisieren sollen, die den Hebel zur Amerikanisierung der deutschen Klassenverhältnisse, zur Wiedererschaffung der Vorkriegs-Arbeiteraristokratie bilden; Ersetzung der Erwerbslosenfürsorge durch staatliche Arbeitslosenversicherung und Arbeitsbeschaffung (Betriebsübernahme); Aufrollung der Frage des Achtfundertages als das, was sie ist, das heißt, nicht eines Problems der Produktionssteigerung, sondern eines der Profitsteigerung, und daher als Machtfrage; bei Lohnforderungen, in Anpassung an breit empfundene Massenbedürfnisse, keine Anerkennung weder des alten „eisernen Lohngesetzes“, noch des neuen, diesmal von Dawes entdeckten.

Dies nur einige Proben, wie wir in der täglichen Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition der positiven Beratspolitik der reformistischen Gewerkschaftsführer — die positive Gewerkschaftspolitik der Revolutionierung der Massen entgegenstellen müssen.

V.

Die Politisierung der Gewerkschaftsarbeit muß technisch die Methode der Kampagnen anwenden und inhaltlich auf jene Primitivität verzichten, mit der wir allzu oft alle Fragen behandelt haben und die uns oft den Weg zu den Massen versperrte.

Bei dieser langwierigen Arbeit, die uns aber bei der sich verschärfenden Situation eher die Früchte bringen wird, als wir vermuten, müssen wir auf jene opportunistische Ungebundenheit verzichten, die sich in der Ersetzung des Endzieles durch utopische Uebergangsziele ausdrückt. Zu den letzteren gehört aber nicht das Ziel der organisatorischen Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung, das der V. und III. Kongreß uns zur Aufgabe stellte. Dieses Ziel ist vielmehr der Ausdruck des Dranges zur Macht in der internationalen Arbeiterbewegung; des Dranges der revolutionären Opposition zur Beherrschung der Gewerkschaften, des Dranges der Massen zur Beherrschung des Wirtschafts- und Staatsapparates.

Preisabbau — Agrarzölle Steuern — Löhne.

Gerh. Alle Mann an Bord für den Export, heißt der Ruf der deutschen Unternehmer. Wir können das Dawes-Gutachten nur durchführen, wenn wir konkurrenzfähig sind. Wir müssen hinaus auf die Märkte. Und die deutsche Industrie und der Handel nicht minder die Großagrarier rufen zur Ausfuhr.

Nun, die deutsche Bourgeoisie wird sehr bald darauf kommen, daß das Dawes-Gutachten nicht dazu geschaffen wurde, um den deutschen Kapitalisten die Eroberung des Weltmarktes zu erleichtern. Wohl soll der deutsche Export die Reparationslasten füllen — und natürlich die Taschen der deutschen Bourgeoisie — aber dieser Export darf keine Gefahr für die Wirtschaft der mächtigen Staaten werden. Die Kontrolle der Eisenbahn, der deutschen Finanzen, des Geldwesens werden sehr bald im Auftrage der Interessen dieser Staaten den Kampf gegen eine unbequeme Konkurrenz aufnehmen und versuchen, die deutsche Produktion in die Richtung zu lenken, die ihnen nicht gefährlich ist. Natürlich ist das ein Prozeß vielleicht von längerer Dauer, man kann das Tempo nicht abschätzen, in dem diese Konkurrenz-kämpfe die „sozialistische Ära“ zerreißen; natürlich wird die deutsche Bourgeoisie alle Mittel anwenden, um den Anteil am Weltmarkt auf Kosten der anderen zu steigern. Aber wer das größte Heer, die beste Flotte, die meisten Unterseeboote, die einzudringenden Gase in den Wirtschaftskämpfen einsetzen kann oder mit ihrer Anwendung drohen kann, ist unter den kapitalistischen Rüdern der stärkere. Und solange die deutsche Bourgeoisie zwar einen Judenboos hat, aber keine Armee hat, wird sie in ungeliebten Situationen immer eins auf den Kopf bekommen.

Für die Arbeiterschaft gibt es aber keine „sozialistische Ära“. Denn die deutsche Bourgeoisie rückt sehr unpolitisch und mit sehr deutlichen Methoden für den Export und die Abwälzung der Lasten auf die Arbeiter. Die deutsche Arbeiterschaft hat keine Kampagne.

Verbilligung der Waren ist die Parole der Bourgeoisie. Im Munde der Regierung der Bourgeoisie heißt das Preisabbau. Preisabbau klingt sehr gut. Sollen die Arbeiter für

ihren Lohn sich mehr kaufen können? Mehr Nahrungsmittel, Wäsche, Kleider? Soll also durch die Senkung der Preise die Kaufkraft des Lohnes erhöht werden?

Sehen wir uns die Maßnahmen der Regierung an. Die Kohlenpreise werden um 10 Proz. erniedrigt. Die Frachttarife sind um 10 Prozent gesenkt worden. Die Umsatzsteuer wird von 2½ auf 2 Prozent ermäßigt. Eine Erleichterung des Kreditwesens wird in Aussicht gestellt, die Wechsel sollen länger laufen, der Zinssatz ermäßigt werden. Billigeres Kapital aber bedeutet die Möglichkeit einer billigeren Produktion. Geringere Frachttarife und ermäßigte Umsatzsteuer bedeuten dieselbe Möglichkeit, da die Umsatzsteuer und die Frachttarife in die Preise der Waren einfließen werden.

In der Tat, es scheint, daß man die Lebenslage der Arbeiter verbessern will. Es scheint aber nur so. Denn gemacht werden soll das Gegenteil. Preisabbau ist nur die Phrase, mit der die Arbeiter veranlaßt werden sollen, sich die Löhne abzubauen zu lassen. Würde ein Preisabbau bei gleichbleibenden Löhnen der Arbeiterschaft stattfinden, so bedeutete dieser Preisabbau eine Minderung des Profits der Unternehmer. Es sei denn, daß der Umfang des Exportes so gewaltig zugenommen hätte, daß trotz der Verminderung des relativen Profits die Masse des Profits sehr stark ansteigen würde. Nun ist erstens dieser gewaltige Export nicht vorhanden und zweitens will doch die deutsche Bourgeoisie die ungeheuren Reparationszahlungen bei ungeschmälertem Einkommen erlassen. Das kann sie aber selbst bei dem gewaltigen Export nur durch eine verstärkte Mehrerausbeutung der Arbeiterschaft, d. h. die deutsche Bourgeoisie ist als Klasse nicht imstande, aus Mangel an Arbeitern bestimmte Reformen und auch nur halbwegs ausreichende Löhne zu gewähren. Der deutsche Kapitalismus, dem ausländischen untertan, muß die Lebenshaltung der Arbeiter konsequent und eifrig immer weiter herabdrücken. Es gibt für die deutsche Arbeiterklasse keinen anderen Ausweg, als die Herrschaft der Bourgeoisie durch die Herrschaft der Arbeiter, die kapitalistische durch die sozialistische Wirtschaft zu ersetzen.

Aber dieser Kampf ist kein einmaliger Akt. Er ist der Weg tausender wirtschaftlicher und politischer Kämpfe. Diese Kämpfe zu organisieren, ihnen die Richtung zu geben, sie erfolgreich zu gestalten, ist die Aufgabe aller Klassenbewußten Arbeiter. Die Klassenbewußten Arbeiter, die Partei des Proletariats, hat die Aufgabe, in jeder Situation die Arbeiter auf die bevorstehenden Gefahren aufmerksam zu machen und gegen diese Gefahren die Arbeiterklasse zu mobilisieren. Aber sie darf sich nicht nur allein darauf beschränken. Zudem wir auf die konkreten Gefahren hinweisen, den Weg des erfolgreichen Widerstandes aufzeigen, den Widerstand organisieren, müssen wir gleichzeitig aussprechen, daß jeder Kampf, jeder abgeschlagene Angriff nur die Vorbereitung zu neuen Kämpfen ist, die solange dauern, bis die Arbeiterklasse unter der Führung der revolutionären Partei die Bourgeoisie endgültig geschlagen hat.

Im jetzigen Moment handelt es sich darum, den Kampf gegen die neue Offensive der Bourgeoisie zu organisieren, einer Offensive die unter dem Deckmantel des Preisabbaues eingeleitet wird. Denn die Arbeiter können sich für ihre Löhne nicht mehr kaufen. Im Gegenteil. Die Mieten sind gestiegen, die Lebensmittel, Getreide, Kartoffeln steigen emsig in die Höhe.

Aber das ist nur der Anfang. Denn noch sind die Agrarzölle nicht in Kraft getreten, die eine ungeheure Verteuerung aller Lebensmittel mit sich bringen werden. Noch sind die neuen Steuern nicht in Kraft getreten, die als Ertrag für die ermäßigte Umsatzsteuer geschaffen werden sollen. Noch sind die Monopole für die Bedarfsartikel der Arbeitermassen erst in Vorbereitung. Die große Belastung durch neue Steuern, auf die alten dazu, durch die Agrarzölle usw. kommt noch!

Aber Preisabbau! Preisverbilligung! Natürlich, die Preise werden auch abgebaut, aber die Preise für die Arbeitskraft die Löhne. Gleichzeitig mit dem „Preisabbau“, mit der Vorbereitung der neuen Kassen für die Arbeiterschaft, haben die Vorbereitungen zu einer neuen Lohnsenkung eingeleitet. Die neuen Steuern, die Agrarzölle, ohne entsprechende Lohnerhöhung bedeuten bereits an und für sich eine ungeheure Lohnsenkung. Denn von seinem Lohne muß der Arbeiter einen größeren Teil für die Klassen des Staates abgeben, einen geringeren Teil kann er nur für die Deckung seiner Ausgaben verwenden.

Die Arbeiter dürfen sich keine Illusionen machen, als würde man ihnen so ohne weiteres Lohnsenkungen gewähren. Wir müssen billig produzieren. Die Vereinigung der Arbeitgeber hat in zwei Broschüren in letzter Zeit erklärt, daß auch bei neuer Belastung der Arbeiterschaft kein Pfennig mehr Lohn und keine Minute Arbeitszeit weniger gewährt werden kann.

Und Geheimrat Bacher, Geschäftsführender Mitglied des Reichsverbandes der Industrie, hat dieser Tage von der Notwendigkeit billiger Löhne — sie müssen unbedingt billiger wer-

den — gesprochen, damit das Dawes-Gutachten durchgeführt werden kann. Billige Löhne, das heißt natürlich auch längere Arbeitszeit.

Ebenso hat Herr Siemens im „Arbeitgeber“ vor wenigen Tagen die Notwendigkeit der Senkung der Löhne und die Verlängerung der Arbeitszeit erklärt. Gleichzeitig drohen die Kapitalisten, die Betriebe zu schließen, durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit die Arbeiter kleinzutreiben, wenn sie Schwierigkeiten machen.

Also die Sachlage ist klar. Die Arbeiterschaft muß sich zum Kampf rüsten. Sie muß ihre Gewerkschaften mobilisieren. Aber, wie werden sich die Gewerkschaftsbürokraten verhalten?

Unlängst hat der ADGB, eine „aktive Lohnpolitik“ angekündigt. Aber nach den Erfahrungen, die die Arbeiter die letzten zehn Jahre mit den Gewerkschaftsbürokraten gemacht haben, werden sie ihrem „stolzen Anführer“ wenig Glauben schenken. Und die Arbeiter tun sehr recht daran. Sind doch die Gewerkschaftsbürokraten die eifrigsten Verfechter des Dawes-Gutachtens gewesen. Sie werden ohne Zweifel auch die eifrigsten Verfechter der Durchführung der Dawes-Gesetze sein. Schreit doch der „Vorwärts“ jeden Tag, wenn er sich darüber aufregt, daß die Bourgeoisie heute die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie für die Durchführung ihrer Politik nicht mehr zu brauchen glaubt, daß die einzige Garantie für die Durchführung die SPD, und die Gewerkschaften sind, worunter er die Gewerkschaftsbürokratie versteht.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat den Achtstundentag preisgegeben mit Rücksicht auf die „schwierige Lage“ Deutschlands. Nun, die würde auch jetzt die Interessen der Arbeiterschaft preisgeben mit Rücksicht auf das Dawes-Gutachten dessen Vorkämpfer sie doch waren. Sie werden ohne Zweifel da und dort eine oppositionelle Geste machen, wie im Ruhrstreik, aber einen konsequenten rücksichtslosen Kampf werden sie nicht führen, sondern solche Kämpfe mit allen Mitteln zu verhindern suchen.

Oder werden sie die Arbeiter gegen die Agrarzölle, gegen die neuen Steuern mobilisieren? Werden sie die gesamte Arbeiterklasse um die Rückeroberung des Achtstundentages mobilisieren? Für ankündigende Löhne? Gegen die verstärkten amerikanischen Ausbeutungsmethoden der Lohnberechnung? Werden sie mit den geeigneten Mitteln der Produktionslabotage und den Betriebsstilllegungen entgegenzutreten, womit die Unternehmer den Kampf führen und führen werden? Das Subjekt und Ober-schließen sind sichbare warnende Beispiele.

Aber das können diese Leute nicht, die sich zu Verfechtern der kapitalistischen Wirtschaft gemacht haben. Sie können keine Gewerkschaftspolitik im Interesse der Arbeiterschaft treiben. Sie werden ebenso, wie bisher, veruchen, die machtvollen Organisationen der Arbeiter zu Instrumenten der Verhinderung wirksamer Abwehrkämpfe zu machen.

Ob es der Bourgeoisie und den Gewerkschaftsbürokraten gelingt, hängt von der Willenskraft der Arbeiterschaft ab von ihrer Fähigkeit, die Gewerkschaften wieder zu Gewerkschaften der Vertretung der Arbeiterinteressen auszugestalten. In den Betrieben müssen alle Vorbereitungen getroffen werden. Die kommunistischen, die sozialdemokratischen, die christlichen, die parteilosen Arbeiter müssen sich eng zusammenschließen.

Denn für alle Arbeiter ist der Angriff bestimmt. Alle werden getroffen, wenn sie nicht in geschlossener Front die Angriffe abwehren!

Washingtoner Arbeitszeitabkommen und die Berliner Konferenz.

K. B. Wieder ist eine Sesselschlägerei der sozialdemokratischen Missionen im Gange. Was hat die sozialdemokratische Presse nicht alles zusammengeschrieben über den angeblichen Schluß der sich aus dem Sachverständigenplan für den Achtstundentag ergebende, was hat sie geschrieben nach Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens und wie hat der Bundesvorstand des ADGB, gedroht mit der Durchführung des Volkswirtschafts über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens! Es rauschte darob hart im deutschen Vaterland. Und jetzt, nach der Berliner Konferenz der Arbeitsminister von England, Frankreich und Deutschland treten plötzlich nicht nur die verkappte Bürgerblockregierung Marx-Breschmann, sondern auch die Unternehmerorganisationen und ihre Presse für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ein und die sozialdemokratische Presse ist in ein verlegenes Schweigen verfallen.

Die Kampagne der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und der sozialdemokratischen Partei begann nach der Internationalen Konferenz des Arbeitsamtes in Genf, wo der Direktor des Arbeitsamtes, der Sozialdemokrat und frühere Munitions-

Minister Thomas eine Attacke für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch die deutsche Regierung ritt. Auch Thomas berief sich dabei auf das Sachverständigengutachten, in welchem es heiße, daß die Durchführung des Sachverständigenplanes eine Herabdrückung der Lebenshaltung der wertaktigen Massen in Deutschland unter das Niveau in den andern kapitalistischen Ländern nicht notwendig mache, ja, daß eine solche Herabsetzung gefährlich sei, da sie ein Dumping bedeute im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt. Die sozialdemokratischen Führer in Deutschland haben mit diesem Argument ebenfalls stark operiert so daß Dawes in ihrer Agitation als der Schutengel des Achtstundentages in Deutschland erschien. Wie ist das Zitat aus dem Sachverständigenplan zu werten? In diesem Zitat und seiner Ausnutzung durch das internationale Kapital gegen die deutsche Konkurrenz kommt der innere Widerspruch, der in dem Sachverständigenplan als Versuch zur Ueberwindung der kapitalistischen Krise liegt, trah zum Ausdruck. Dieses Zitat ist enthalten in dem allgemeinen Teil des Sachverständigenplanes. In dem andern Teil des Sachverständigenplanes, in welchem der deutschen Bourgeoisie die konkreten Anweisungen gegeben werden, welche Zahlungen zu leisten sind und wie diese Zahlungen aufzubringen sind, werden jedoch bereits Steuern und Monopole gefordert und Ausführungen über die Höhe der Eisenbahner gemacht, die der Abfrage über die Lebenshaltung der arbeitenden Massen im allgemeinen Teil direkt ins Gesicht schlagen. Das internationale Kapital möchte, daß das kapitalistische Deutschland zahlt, ohne daß es auf dem Weltmarkt als ein allzu gefährlicher Konkurrenz tritt, da durch eine starke deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt die Krise in den andern kapitalistischen Ländern, insbesondere in England sich verschärfen und zuspitzen müßte. Dieser innere Widerspruch, der sich wie ein roter Faden durch alle kapitalistischen Versuche zur Lösung der Reparationsfrage hindurchzieht, kommt auch im Inhalt des Sachverständigenplanes zum Ausdruck.

Das internationale Kapital weiß jedoch ebenso gut wie wir, daß ein kapitalistisches Deutschland nur erfüllen wird auf Kosten der Lebenshaltung der wertaktigen Massen und nur erfüllen kann bei einer starken Steigerung des Exports, der in einem kapitalistischen Deutschland hergestellt wird auf der Basis billiger Auslandspreise, zustande gebracht durch niedrigere Löhne bei längerer Arbeitszeit. Der Sinn des Vorstoßes auf der Genfer Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes ist deshalb der, daß insbesondere das englische und französische Kapital, das durch die deutsche Konkurrenz am ehesten bedroht wird, den Versuch unternimmt, auch die Regelung der Arbeitsbedingungen in Deutschland zu kontrollieren und zu beeinflussen, wozu ihnen das Washingtoner Abkommen in Verbindung mit dem Versailles Vertrag und dem Londoner Pakt die Möglichkeit gibt. Das englische und französische Kapital will sich damit die Möglichkeit schaffen, auch in die Regelung der Arbeitsbedingungen in Deutschland einzugreifen in dem Moment, wo ihnen ein Dumping der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt gefährlich werden sollte. Sie denken nicht im entferntesten daran, der deutschen Bourgeoisie etwa jetzt den Achtstundentag aufzuzwingen. Das hat auch schon Thomas als Sprecher des englisch-französischen Kapitals auf der Genfer Konferenz angedeutet, indem er auf den verächtlichen § 14 des Washingtoner Abkommens hinwies, der der deutschen Regierung die Möglichkeit gebe, den Achtstundentag vorläufig praktisch nicht durchzuführen. In diesem § 14 heißt es, daß die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens in jedem Lande durch die Regierung aufgehoben werden können, im Falle des Krieges oder anderer die Landesicherheit gefährdenden Vorkommnisse.

Der Verlauf der Berner Konferenz der Arbeitsminister Englands, Frankreichs, Belgiens und Deutschlands hat diese Auffassung vollständig bestätigt. Schon vor der Konferenz in Bern hat der deutsche Arbeitsminister Brauns in einem offiziellen Artikel angekündigt, daß sich die deutsche Regierung mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens abfinden werde, wenn Uebereinstimmung darüber zustande komme, daß für Deutschland sofort der § 14 des Washingtoner Abkommens, also die Nichtdurchführung des Achtstundentages in Anwendung komme und wenn zweitens Frankreich und England ebenfalls das Washingtoner Abkommen ratifizieren würden. Nach der Konferenz gab die Regierung eine offizielle Mitteilung über ihren Verlauf heraus, in der mitgeteilt wurde, daß über die Anwendung des § 14 für Deutschland im wesentlichen Uebereinstimmung hergestellt sei und daß nunmehr die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bevorstehe. Außerdem wurde angekündigt, daß die jetzt geltende Arbeitszeitverordnung durch ein Arbeitszeitgesetz ersetzt werden solle, wodurch jedoch an den jetzigen Arbeitszeitverhältnissen in Deutschland praktisch nichts geändert werde, da eben der § 14 des Washingtoner Abkommens für Deutschland Geltung habe, denn der Sachverständigenplan könne nicht bei einem achtstündigen Arbeitstag erfüllt werden.

Interessant ist die Haltung des deutschen Unternehmertums gegenüber diesen Vorgängen. Nach der Genfer Konferenz und als der Bundesvorstand des ADGB, mit dem Volksentscheid über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in der Luft herumfuchtelte, ging in der kapitalistischen Presse ein großes Lamento über die Annäherung des Thomas und über die vom ADGB, angeblich drohenden Gefahren für den Wirtschaftsfrieden los. Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände brachte eine besondere Denkschrift zum Kampf gegen den Achtstundentag heraus in welcher vom kapitalistischen Standpunkt aus nachzuweisen versucht wird, daß mit dem Achtstundentag der Londoner Pakt nicht erfüllt werden könne und dabei als Kronzeugen auch sozialdemokratische Führer anführt, u. a. die Stellungnahme der sozialdemokratischen Minister in der Koalitionsregierung im vorigen Herbst. Ein wesentlich anderer Ton wurde jedoch bereits angeschlagen, als kurz vor der Berner Konferenz der Artikel des Reichsarbeitsministers Brauns erschien. Jetzt deutet auch die kapitalistische Presse an, daß man eventl. das Washingtoner Abkommen ratifizieren könne, wenn Garantien dafür geschaffen würden, daß der § 14 sofort für Deutschland in Anwendung komme und gewisse Sicherungen geschaffen würden gegen die Möglichkeit von Sanktionen seitens der Entente-Staaten bei einer eventl. Nichteinhaltung der Bestimmungen des Washingtoner Abkommens. Nach der Berner Konferenz schwenkte die gesamte kapitalistische Presse auf die Linie der Regierung ein und erklärte, daß nach diesem Verlauf der Berner Konferenz Deutschland selbstverständlich ebenfalls das Washingtoner Abkommen ratifizieren könne, da die Garantien dafür geschaffen seien, daß an der gegenwärtig in Deutschland geltenden Regelung der Arbeitszeit nichts geändert werde. Und in der „D. A. Z.“, dem Stimmorgan, wurde in Verbindung hiermit gesagt, daß nunmehr auch für die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Arbeitsgemeinschaft zunächst mit den christlichen und demokratischen Gewerkschaften bessere Voraussetzungen geschaffen worden seien.

Das ist der „Erfolg“ der Kampagne der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Ein vollständiger Zusammenbruch, eine große Blamage und, was das Schlimmste dabei ist, eine gefährliche Zersplitterung der arbeitenden Massen, die dadurch von einem wirklichen Kampf um den Achtstundentag abgelenkt wurden. In ihrer wahnwitzigen Verherrlichung des Londoner Sklavenpates haben die sozialdemokratischen Führer dem internationalen Finanzkapital auch den Kampf um den Achtstundentag in Deutschland geopfert. Sie haben der Arbeiterklasse eingeredet, daß es möglich sei mit Hilfe des internationalen Kapitals und auf Grund des Washingtoner Abkommens des internationalen Kapitals den Kampf um den Achtstundentag gegen die deutsche Bourgeoisie zu führen. Dabei dachten sie natürlich nicht an einen ernsthaften Kampf, sondern lediglich an ein parlamentarisches Abstimmungsmanöver. Ob sie dabei als Lumpen gehandelt haben, die gegen besseres Wissen der deutschen Arbeiterklasse etwas vorgeaukelt, oder ob sie solche Trottel sind, die wirklich daran glaubten, mit Hilfe des Washingtoner Abkommens und der englischen und französischen Regierung den Achtstundentag in Deutschland durchzusetzen, bleibt sich für die Wirkung auf die Arbeiterklasse gleich.

Was nun jetzt geschehen im Kampf um den Achtstundentag? Was von der deutschen Bourgeoisie und dem internationalen Kapital, das in Deutschland durch den Londoner Pakt maßgebenden Einfluß bekommen hat, zu erwarten ist, ist vollkommen klar: Verschärfte Fortsetzung der Offensive gegen die Arbeiterklasse, insbesondere auch in der Frage der Aufrechterhaltung der jetzigen Arbeitszeit und ihrer weiteren Verlängerung. Es gilt jetzt, an den Ergebnissen der Berner Konferenz anknüpfend, unter den breiten Massen dafür zu sorgen, daß die von der Sozialdemokratie erzeugten Illusionen über das Washingtoner Abkommen und den Sachverständigenplan zerstört werden und die Massen wieder gesammelt werden zu einer breiten einheitlichen Kampffront, die fähig und bereit ist, ernste Massendemonstrationen zur Ueberwindung des Achtstundentages durchzuführen. In den Gewerkschaften und in den Betrieben muß an Hand des vollständigen Zusammenbruchs der sozialdemokratischen Kampagne für das Washingtoner Abkommen die Aufklärungsarbeit unter den Massen und ihre Mobilisierung für den wirklichen Kampf um den Achtstundentag durchgeführt werden.

Diese Arbeit muß natürlich geleistet werden im Zusammenhang mit dem gesamten Kampf gegen die Durchführung des Sachverständigenplanes, gegen die Abwälzung der Lasten auf die arbeitenden Massen und für die Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie. Dem Vorkriegsblock, der Kampffront der Bourgeoisie zur Abwälzung aller Lasten auf das wertaktige Volk muß entgegengesetzt werden die einheitliche Kampffront der Werktätigen in Stadt und Land, in den Gewerkschaften und Betrieben.